

Vorwort des Herrn Reichsministers, daß die Angelegenheit aus parteipolitischen Gründen agitatorisch ausgenutzt werde, entbehrt angelegentlich dieser merkwürdigen mißverständlichen Auffassung einer klaren Ausführung nicht eines eigenartigen Belegschmacks. Um einem erneuten Versuch zur Befriedigung gewisser Agitationsbedürfnisse den Boden zu entziehen, sei hier nochmals betont, daß selbstverständlich diese angelegentlich ergriffene Haltung eine glatte Erklärung ist.

Einigung in Oberschlesien.

Antzwitz, 15. August. In Anwesenheit des Staatssekretärs Göring fanden Einigungsverhandlungen statt. Alle Gewerkschaften erklären sich gegen den Streik.

Wien, 15. August. (EWD.) In den oberösterreichischen Bezirken Wien, Rattowitz und Adolfsgrün ist die Aufgabe von Elektrostark seit heute nachmittag eingeleitet worden. Auch alle nicht streikenden Betriebe sind zur Arbeitseinstellung genötigt. Nachdem die Verhandlungen zwischen Staatsregierung, Arbeitgeber und Arbeitsnemern zu einer Einigung geführt haben, ist damit zu rechnen, daß weitgehend der Stillstand am Sonnabend beendet sein wird.

Die Besetzung Oberschlesiens.

Die „Gazeta Polska“ meldet: Der Rat der Alliierten beschloß, die Besetzung Oberschlesiens nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika durchzuführen.

Hohe einmalige Beihilfe für die Reichs- und Staatsbeamten.

W.B. Weimar, 15. August. Die Reichsregierung hat heute beschlossen: Es soll vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung allen Beamten eine einmalige Beihilfszuschüsse gewährt werden und zwar in Höhe von 1000 Mark für Einzelverheiratete und 600 Mark für Witwen. Daneben soll für jedes zu berücksichtigende Kind 200 Mark gezahlt werden. Die Beihilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember dieses Jahres fällig. Die Grundzüge über die Gewährung solcher Zuwegungszuschüsse werden dahin bestimmt, daß die Kinderbezüge vom 1. September an einbehalten auf 50 Mark festgesetzt wird. Die anwesenden preussischen Minister haben sich bereit erklärt, eine gleiche Vorlage für die Landesverwaltung dem Staatsministerium zur sofortigen Behandlung zu unterbreiten.

Das preussische Kabinett beschloß gestern, den preussischen Beamten die gleichen Zuwegungszuschüsse auszusprechen, wie das Reich seinen Beamten gewährt.

Deutsch-tschechischer Zwiststand.

Berliner bürgerliche Blätter berichten in sensationeller Form von einer tschechischen Spionageaffäre, die mit einem mißlungnen Einbruchversuch in das deutsch-tschechische Konsulat in Berlin ein unglückliches Ende genommen hat. Der Bericht über die Angelegenheit ergibt für jeden, der die einschlägigen Dinge ein wenig kennt, daß es sich um einen Affärenstreit zwischen den Vertretern der deutsch-tschechischen und der tschechoslowakischen Republik handelt, den untergeordnete Organe der letzteren eigenmächtig und mit bedenklichen Mitteln zu entscheiden versuchten. Die Bureau des deutsch-tschechischen Konsulats in der Reichshauptstadt beherbergte bis vor kurzem die Vertreter des ganzen gemeinsamen Cisleithen-Ungarn. Die Tschechen spielten naturgemäß unter ihnen eine erhebliche Rolle. Jetzt ist die Teilung erfolgt, die Räume werden von der deutsch-tschechischen Vertretung allein beherzigt, enthalten aber noch tschechische, an denen die tschechischen Behörden ein Interesse haben. Untergeordnete tschechische Organe, die sich in der Reichshauptstadt noch zu Hause fühlen als recht war, drangen nachher, wie in die Bureau ein und wurden bei dem Versuch, die gemietheten tschechischen Räume an sich zu nehmen, verhaftet.

Ieder die Unzulässigkeit und Strafbarkeit ihres Verhaltens kann kaum ein Streit bestehen. Die tschechische Regierung, die aus geschichtlichen und rechtlichen Bedenken besteht, hat gewiß nicht die Absicht, den Einbruch zu einem Mittel ihrer Politik zu machen. Es wäre sehr zu beklagen, wenn diese, wie es doch scheint, bezüglich unbedeutende Affäre dazu benutzt werden sollte, das Verhältnis der deutschen Republik zu ihrer tschechoslowakischen Nachbarn zu trüben.

Der förmliche Unverstand, mit dem diese Angelegenheit in Berliner Blättern politisch ausgenutzt wird, gibt uns Anlaß, auf die große Wichtigkeit des deutsch-tschechischen Problems hinzuweisen, das eine leichtfertige Behandlung nicht verdient und nicht verrät. Zwischen den beiden Staaten bestehen — dies zu verneinen wäre zwecklos — erste Beziehungen, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in den Sudetenländern betreffen. Das muß diesen das Selbstbestimmungsrecht vornehmhalten, daß im Friedensvertrag von Versailles allen Völkern zugestanden wurde, nur den Deutschen nicht, ist zweifellos ein schweres Unrecht. Man muß aber auch die schwierige Lage der tschechischen Nationalpolitik anerkennen, die genau wissen, daß ein auf tschechisches Sprachgebiet beschränktes Territorium zur Bildung eines lebensfähigen Staates nicht ausreicht. Die Zukunft wird eine Lösung dieses überaus schwierigen Problems finden müssen. Die Vertreter der tschechoslowakischen Republik können aber von ihrem Standpunkt aus gar nichts Vermittelbares tun, als daß sie polenmäßig, nicht und moralisch sehr hartnäckig, die tschechoslowakische Sache behandeln und auf jede Unterdrückungspolitik im gegenseitig verständigen. Es besteht einseitig kein Grund, die Hoffnung

aufzugeben, daß die tschechoslowakische Politik nach den unermesslichen Erwartungen der ersten Zeit diese richtige Linie finden wird. Denn die tschechoslowakische Republik ist an guten Beziehungen zur deutschen Republik genau ebenso interessiert, wie das umgekehrt der Fall ist.

Dah man sich in solchen Fällen nicht einfach auf den Standpunkt der fortgesetzten Selbstbestimmung stellen kann, legt die Geschichte Zeugnis. Wenn auch die tschechoslowakische Politik handrechtlich fremden werden so wurde doch ihre Unterdrückung vom ganzen polenmäßigen Volk mit empfinden. Etwas anderes wäre auch ganz unnatürlich, denn ein Volk bleibt ein Volk, wenn sich auch die Wurzeln seines Stammes in verschiedene Staatsbereiche erstrecken. Die Tschechen sollen wissen, daß wir naturgemäß alles Liebe mit empfinden würden, was unsere Volksgenossen im tschechoslowakischen Staat widerfahren könnte. So vermehren wichtige Gründe der inneren wie der äußeren Politik die tschechoslowakischen auf ein gutes Verhältnis zu ihren deutschen Staatsgenossen, woraus sich ein gutes Verhältnis zur deutschen Republik von selbst ergibt.

Alle die tschechoslowakische Republik, wie es die Urheber des Versailles Friedens wollten, ein vorgezogener Völkern der Orientpolitik im vordringend deutschen Mitteleuropa, so können sich daraus für die Ruhe des Kontinents die unheilvollsten Folgen ergeben. Aber auch das wohlverstandene Interesse der jungen Republik selbst ist mit der Rolle, die ihr von den ewigen Friedenspolitikern zugebacht ist, unverträglich. Sie kann sich nicht in dauernden politischen Gegenstand halten wollen zu den Nachbarn in Nord und Süd, mit denen sie auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zusammenarbeiten muß.

Die Einzelne müssen für heute genügen, um zu zeigen, daß das deutsch-tschechische Problem zu ernst ist, um nach den Methoden einer blühigen Standaal- und Sensationspolitik behandelt werden zu dürfen. Unsere Volksgenossen in fremdem Land wollen wir den Verwundung, Verheerung aus nützlichen Kräftegen und Verwundung von Mäcken in Elefanten lehren wir entschieden ab.

Der organisatorische Teil des Betriebsrat-Gesetzes.

Die Errichtung von Betriebsräten vollstreckt sich künftig auf alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts, soweit sie mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen; für Betriebe von 5 bis 20 Arbeitnehmern sind Wahlen von Betriebsvorständen die alte Recht der Wähler, nur nicht das Mitbestimmungsrecht haben. Unabehört von dem Gesetz sind nur die Betriebe der See- und Innenschifffahrt, die besonders geregelt werden sollen, sowie die Beamten, bei denen angedacht der Zerstückelung des bundesstaatlichen Beamtenrechts und mit Rücksicht auf den Zusammenhang der einschlägigen Fragen mit dem Staatsrecht der Parlamente eine schematische Zerstückelung mit den übrigen Arbeitnehmern zurzeit nicht möglich ist. Im Betriebsrat sind künftig alle Arbeitnehmer vertreten mit Ausnahme derer, die, wie angelegte Direktoren der Abteilungen eines Industriebetriebes oder die selbständigen stillenhalter eines wahren Bauunternehmens, reine Arbeiterqualität besitzen. An die Stelle der alten Arbeiter- und Angelegenheitsausschüsse tritt der einheitliche Betriebsrat, dem Arbeiter und Angestellte entsprechend ihrer Zahl im Betriebe vertreten sind. Die Vorlage hat mit Recht für die Mitarbeiter besonderen Schutz vorgelegen, damit sie regelmäßig durch ein bis zwei Mitglieder vertreten sind. Die Angestellten- und Arbeitergruppen sind in ihren eigenen Angelegenheiten weiterhin eine jede allein ausschließlich zuständig; der Angestelltenrat wird nur von den Angestellten, der Arbeiterrat nur von den Arbeitern erörtern und benutz.

Den bei der Revolution überall hervorgeratenen Drang der Arbeiter, sich über den Betrieb oder die Abteilung hinweg mit anderen Arbeitern des gleichen Unternehmens — oder bei Behörden, der anderen Dienststellen — zu verbinden, soll durch die Bildung von Gesamtbetriebsräten oder gemeinsamen Betriebsräten Rechnung getragen werden. Auf die Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen.

Das Wahlrecht ist für das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre und für das passive Wahlrecht auf 20 Jahre festgesetzt. Die Wählbarkeit erfordert ferner schismenatliche Verhältnisse und dreijährige Berufsausübung. Die Sicherung der Betriebsratsmitglieder, eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiterchaft, ist dadurch erfüllt, daß deren Kündigung nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen darf. Wird sie verweigert, so tritt der Schlichtungsausschuss in Funktion. Strafvorschriften gegen Vernechtung der Betriebsratsmitglieder ergänzen diese Bestimmungen.

Die Wahl des Betriebsrates findet auf ein Jahr statt, doch endet die Mitgliedschaft des einzelnen Mitgliedes vorher, wenn sich bei einer geheimen Abstimmung zeigt, daß es nicht mehr mit gleichem Stimmverhältnis das Vertrauen der Wähler genießt wie bei der Wahl. Der gesamte Betriebsrat muß ferner zurücktreten, wenn die Betriebsversammlung mit zweidrittel Mehrheit ein Misstrauensvotum anspricht. Diese Grundgedanken des Misstrauens entsprechende Vorschriften sind von Arbeitsgeberseite heftig angegriffen worden, weil sie eine Quelle unumkehrbarer Mißgunst und Agitation im Betriebe seien und jedes Vertrauen werden des Betriebsrates mit seinen Aufgaben verbunden würden. Es wenig auch die Arbeiterchaft des Betriebes ein Interesse daran hat, von immer neuen Wahlen vertreten zu werden, so muß es doch besser erscheinen, wenn die, die das Vertrauen verloren haben, zurücktreten. Wir glauben, daß auch die Betriebsleitung und das mindeste Interesse daran hat, mit einem Betriebsrat zusammenzuarbeiten, der keinen moralischen Einfluß mehr hat. Der Betriebsrat hat keine Zwangsmitteilung gegenüber der Arbeiterchaft und soll und kann sie auch nicht haben. Denn wenn sie in der Wahlzeit werden, so ist der Betrieb von Unruhe, Mißgunst und Streik heftig das Ziel geworden. Arbeitende sind für im Betriebe der werdenden Sozialismus nur durch Heranziehung der Arbeiter als vollverantwortlicher Produzenten erreichen.

Wir haben hier nur zwei zentralen Fragen, um welche Probleme es sich in dem Gesetz handelt, das eine Umwälzung unserer Wirtschaft einleitet. Deren ist, sein Vorbild hat uns hier zur Seite gestanden. Deutschland ist es, das wir in Deutschland auf diesem Gebiete des sozialen Rechts betreten, ähnlich wie einst auf dem der Sozialversicherungen. Wenn der Entwurf noch nicht die Schärfe und Schärfe enthält, die in ruhiger, der sorgfältigen Gesetzgebung günstigeren Zeit werden werden können, so wollen wir bedenken, daß wir in revolutionären Zeiten leben, daß die Entwicklung heute dahinstürmt und wir trotz dem wissen, wenn es uns gelingt, für den neuen Inhalt der Wirtschaft halbwegs brauchbare Rechtsformen zu fassen. Denn darum handelt es sich ja heute bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen nur — und das sei unseren Freunden zur Nahe gelagt: für die wirtschaftlichen Tatsachen die entsprechenden Formen zu schaffen. Die Tatsachen selbst vermag niemand zu wehren; neigt sich im Klassenkampf die Schärfe zu Ungunsten der Arbeiterchaft, so mag ihr kein Gesetz; steigt sie zu ihren Gunsten, so wird sie der schärfsten Gesetzgebung selbst in den Händen und zu den schärfsten Gesetzgebung selbst trotz mancher Mängel diese Vorlage gewiß nicht.

Betriebsrat-Gesetz auf dem Stand.

Kommunisten und Unabhängige bemühen sich um die Wette, die Beteiligung der deutschen Arbeiter am Wiedereaufbau in Belgien und Frankreich durch übertriebene Forderungen zu vereiteln. Sie übersehen beide gegenseitig, daß die Ordnung dieser Arbeit nicht allein und in erster Linie von der deutschen Regierung abhängt, sondern von den freng-politischen Regierungen Belgiens und Frankreichs, die alles weit von sich weisen, was irgendwie nach Rätepolitik oder Volkswismus ausseh.

Über Unabhängige und Kommunisten sind sich dabei noch keineswegs einig. Die Kommunisten haben es fertig gebracht, die Forderungen der Unabhängigen noch zu überbrücken. Sie wollen erst am Wiedereaufbau arbeiten, wenn die ganze Welt eine Revolution und die Wahlen der Kommunisten umgekehrt ist. Sie stellen tausend Forderungen, die nicht erfüllt werden können und nur darauf hinauslaufen, daß man eben nicht mitarbeiten will. Eine der kommunistischen Forderungen ist es aber der Freiheit besonders angeht, die Kommunisten verlangen nämlich, daß die deutschen Arbeiter die Freiheit haben müssen, mit den belgischen und französischen Arbeitern in Verbindung zu treten, und daß deutsche Arbeiter in Frankreich politisch nicht anderen Rechts sein dürfen als französische und belgische Arbeiter. Die Freiheit sagt mit Recht, daß durch die Erfüllung der letzten Forderung der deutschen Arbeiterchaft ein sehr schlechter Dienst geleistet würde, weil sie vor allem die durch die deutsche Gesetzgebung garantierten Rechte nicht durch ihre Tätigkeit in Nordfrankreich oder Belgien verlieren dürften. Sie sprechen, es sei unter der letzten Regierung sehr schlimmer als unter der alten. Jetzt rückt sie indirekt mit dem Geständnis heraus, daß die deutschen Arbeiter ein sehr schlechtes Geschäft machen würden, wenn sie ihre Rechte gegen die Rechte der französischen oder belgischen Arbeiter eintauschten. Also ist es wohl doch nicht wahr, daß die letzte Regierung die Arbeiter an den Kapitalismus verraten und verkauft hat. Es freut uns ganz außerordentlich, daß einmal, wenn auch nur leise und hinterher, der Sozialismus der Unabhängigen auf die junge deutsche Republik und ihre Arbeiterrechte hervorbricht.

Angenommen werden wir es sehr begrüssen, wenn die deutschen Arbeiter beim Wiedereaufbau recht reiche Belegenheit zum Verkehr mit Franzosen und Belgiern finden. Sie würden dann, wie viele Frontsoldaten, ein sehr viel reicheres Bild über die Stimmung der dortigen Bevölkerung erhalten und sich von phantastischen Träumen freigalten, von denen die Unabhängigen am 21. Juli so freizig in die Irre geführt worden sind.

Der drohende Kampf im Ruhrbergbau beilegt.

Im Ruhrbergbau hatte es den Anschein, als ob es zu einem neuen Generalkrieg kommen sollte. Dießmal war es das Maschinen- und Kesselpersonal, das nun keine rechtliche Anerkennung und einen Lohnausgleich sich zum Kampfe rüstete. Eritlicherweile gelang es in letzter Stunde durch Vermittlung des Oberbergamtes Dortmund und einer Verständigung zwischen dem Zechenverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Geizer zu gelangen. Nach recht langwierigen Verhandlungen erklärte sich der Zechenverband bereit, den Zentralverband der Maschinen- und Geizer als Vertragspartnern bei der Regelung der Lohnverhältnisse des Maschinen- und Kesselpersonals im Bergbau anzuerkennen. Bei der Regulierung der Löhne und dem Ausgleich der großen Lohnschwankungen wurde eine Einigung dasjüngst erzielt, daß innerhalb 14 Tagen ein Tarifvertrag für den gesamten Ruhrbergbau zum Abschluß gebracht werden sollte.

In einer am 12. August in Essen tagenden Revierkonferenz des Zentralverbandes der Maschinen- und Geizer, die von 150 Sachverständigen durch 296 Delegierte besucht war, wurde nach eingehender Debatte die Annahme des Angebots beschlossen.

Diese Bewegung hat für das Maschinen- und Kesselpersonal grundsätzliche Bedeutung. Bisher stand der Zechenverband auf dem Standpunkt, nur die vier Bergarbeiterverbände als Vertreter der Gesamtbergarbeiterchaft anzuerkennen. Diesen grundsätzlichen Standpunkt mußte er nun für das Maschinen- und Kesselpersonal aufgeben. Der große Kampf an Mitgliedern im Zentralverband der Maschinen- und Geizer, der in den letzten Tagen mehrere Tausend beträgt, legt davon Zeugnis ab, daß die Maschinenisten erkannt haben, daß dieser Zentralverband ihr wahrer Schutzmantel ist.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Der Ausschuss zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau hat beschlossen, sich in einer geringeren Sitzung mit dem in der Bergbauverwaltung als besonders schwebend wichtige der Bergarbeiter der Bergarbeiter geladen werden. Es wurde festgestellt, daß sich der Gesundheitszustand im Ruhrbergbau erheblich gebessert hat und daß

Rein Verlagen des Sozialismus.

Genosse Dr. Max Adler schreibt über den Zusammenhang der ungarischen Arbeiterpartei mit der Wiener Arbeiterzeitung:

Wir Sozialdemokraten aber beklagen zwar das traurige Geschick unterer ungarischer Genossen; wir fühlen mit ihnen den Schmerz über die Entscheidung in mancher eifrigen Hoffnung, über das Scheitern in künftigen revolutionären Kämpfen; aber dies alles bedeutet uns kein Verlagen des Sozialismus selbst, sondern nur eine zwar gramvolle, aber von uns vorübergehende und vorübergehende Folge der unglücklichen Umstände, die um uns herum sich ereignen. Wir hoffen, dass die nächsten revolutionären Kämpfe werden können, wenn sie auch für kurze Zeit die Massen betreffen. Darum ist für uns auch kein Anlass zur Entmutigung gegeben; denn der Sturz der Kábelikatur ist nicht auch zugleich ein Sturz des Proletariats; er ist vielmehr die Veränderung eines solchen, ein Umwälzen, aber doch keineswegs Einleiten auf einen neuen Weg, der zwar nicht so fürnehmlich, nicht so kühnlich kühnlich, aber darum doch sicher zu dem Ziel führt, das unentbehrlich bleibt: zum Kommunismus.

Und deshalb ist die Freude der Bourgeoisie ebenso tödlich wie kurzweilig. Wir haben die Bourgeoisie in die Falle des Sozialismus in Ungarn und in die Falle der Sozialisten in Wien mit hineingeworfen, die sich jetzt schon in Wien befinden und durch die in unermessliche Notdrang der Kapitalisten geraten. Aber es war nicht ein ganz anderer Grund, aus dem wir den Sozialismus bekämpften, und ein ganz anderer Sinn, in dem die Bourgeoisie es tut. Die Bourgeoisie bekämpft und begeißelt den Volkssinn, weil sie ihn als Kommunismus fürchtet, wir bekämpfen ihn, weil wir ihn nicht als den sichersten Weg zum Kommunismus erkennen können. Gerade weil wir wir kommunizieren sind, aber den Kommunismus zu den stärksten Grundlagen für einen Aufbau des künftigen Lebens machen wollen, der mit der Befreiung der menschlichen und kulturellen Bedürfnisse menschlicher Entwicklung gleichgesetzt, deshalb sind wir keine Volkssinn. Die Bourgeoisie glaubt in der Niederlage des Sozialismus den Kommunismus selbst losgerissen zu sein; wir sehen in dem Fall des Sozialismus nur das Verlagen einer Partei, wodurch wir und ausgefordert fühlen, die anderen Wege zum Kommunismus nur um so entschlossener zu beschreiten.

Das gehört vor allem, das wir als erste Schritte unserer Partei Marx und Engels an der Spitze lernen. Und insbesondere ist es uns aus dem gewöhnlichen Schmelz, das uns die Lage des Proletariats unter dem Sozialismus nach dem Ertrage der Arbeit und unter der Herrschaft der Bourgeoisie als ein unerschütterliches Fundament der Bourgeoisie an der Spitze zu sein, das unsere Selbstkenntnis zu fordern geeignet sind. Diese aber wissen uns dahin, uns einzuwickeln, das es nicht nur die ökonomische Not und Zerstörung der Volkswirtschaft ist, welche den Sozialismus in die schwierigste Lage gebracht hat, in der er sich jetzt befindet, sondern auch die mangelnde soziale und revolutionäre Reife großer Schichten des Proletariats selbst. Solange Sozialismus noch für einen großen Teil der Arbeiter nichts anderes bedeutet als bloß sofortige Verbesserung seines Lebens, also unmittelbares besseres Leben, größerer Lohn, kürzerer Arbeitstag, solange ihm nicht die Befreiung der Menschheit als Ziel der Partei vor Augen steht, solange die Arbeiter noch gar nicht aus der individuellen und egoistischen, das heißt aber auch der bürgerlichen Denkwelt herausgetreten. Er hält noch nicht die Klassenlosigkeit selbst, sondern nur sein schlechtes Los in der Welt ist aber besonders verhängnisvoll unter den heutigen Verhältnissen, die infolge unserer grenzenlosen Verzerrung bewirken, daß die Durchführung des Sozialismus von jedem einzelnen mehr Opfer verlangt als sie ihm zu geben imstande ist. Die allgemeine Arbeitslosigkeit, die Arbeitslosigkeit in den Arbeitbetrieben, die Überflüssigkeit der Massen und Unterwerfung unter die Herrschaft der Bourgeoisie sind also die Bedingnisse, die die Arbeiter vor sich haben, wenn sie sich nicht selbst befreien wollen. Aber das heißt diese Bedingungen auch unteren eigenen Reihen sichtbar machen, daß sie recht eigentlich die Sozialrepublik gefordert haben, beweist den großen Mangel an sozialem Sinn und revolutionärer Solidarität, an moralischer Kraft im Proletariat.

Stierstimme.

Was ist Klassenkampf? Diese Frage beantwortet in eingehender Darlegung in der „Klassenkampf“ der jetzt erscheinende Einzelheft Genosse Karl Korsch. Die Untersuchung in der Form eines Briefes hat viele persönliche Anknüpfungen, die dem Verfasser selbst hat, informiert das Inhaltsverzeichnis, dessen Kapitelübersicht wir nennen: „Klassenkämpfe über die Natur des Klassenkampfes.“ I. Der unmittelbare oder ökonomische Klassenkampf, 2. gegen das Zinskapital, 3. gegen das Grundkapital, 4. gegen das Bankkapital, 5. Der ökonomische Klassenkampf, II. Der politische Klassenkampf, 1. der politische ökonomische Kampf, 2. der rein politische Kampf, III. Das Zusammenwirken der ökonomischen und politischen Kämpfe (S. 107).

„Die neue Volkshilfe.“ Ein Programm für die neue Volkshilfe wird im 16. Heft des „Neuen Weltens“ zum ersten Mal in sozialistischer Sprache angedeutet. Die neue Volkshilfe ist eine Initiative für den Aufbau eines neuen Sozialismus, die in den letzten Jahren und durch die neue Sozialisten durch Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem Stimm, durch Bekämpfung des Landes mit kühnen Schritten an sich zu ziehen. Eine große Verantwortung ist für den Aufbau und die Fortentwicklung der neuen Sozialisten, die im Zentrum der neuen Sozialisten zentralisiert sind. Die neue Sozialisten sind nicht nur ein Mittel zum Zweck, sondern sie sind ein Zweck an sich selbst. Die neue Sozialisten sind nicht nur ein Mittel zum Zweck, sondern sie sind ein Zweck an sich selbst. Die neue Sozialisten sind nicht nur ein Mittel zum Zweck, sondern sie sind ein Zweck an sich selbst.

Beim Verlage ist der gesamte reaktionäre Teil: Max Dörmann, in der Augustnummer: Rudolf Röhmann, beide in Halle. Druck und Verlag des Volkskammer C. v. L. in Halle. Dr. W. W. W. W. W.

Das romantische Querschnitts-Tafel wird durch die Verhältnisse. — Im Kreis der Arbeiter der Bergarbeiter wurden auch Mitglieder gestellt, die einer weitverbreiteten Widerstandbewegung angehören, die das Mittelalter gemessenmäßig an verschiedene Hauptstädte lieferte. — In Dessau hat sich ein sozialistischer Arbeiterklub gebildet, der sich der Verbreitung des Sozialismus widmet. Der junge Mann wird ebenfalls verurteilt.

Aus aller Welt.

Berlin. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat am 14. März die Wahlstimmen abgegeben. Das Gesamtresultat der Reichstagswahl im künftigen Reichstag ist folgendes: Die Sozialdemokraten haben 1,1 Millionen Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten haben 1,1 Millionen Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten haben 1,1 Millionen Stimmen erhalten.

Berlin. 14. August. Grobverbrechen am 10. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Berlin. 14. August. Ein Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Der Arbeiter wurde durch einen Unfall tödlich verletzt.

Parteinachrichten.

Der Wille zur Einigung bei der U.S.P.
In welchem die Zeitung der U.S.P. der Arbeiterbewegung in Berlin veröffentlicht, weil er die Wiedereröffnung der Partei erreicht hat. In der anschließenden Verammlung sollte die Entscheidung über die Wiedereröffnung der Partei erreicht werden. In der anschließenden Verammlung sollte die Entscheidung über die Wiedereröffnung der Partei erreicht werden.

Überlastete Abgeordnete.
In der Generalsammlung des sozialdemokratischen Vereins von Zellw.-Becken war darüber geklagt worden, daß sozialdemokratische Abgeordnete der Reichstagsverammlung bei wichtigen Abstimmungen in Berlin, nicht hinreichend ausgerüstet sind. In der Generalsammlung des sozialdemokratischen Vereins von Zellw.-Becken war darüber geklagt worden, daß sozialdemokratische Abgeordnete der Reichstagsverammlung bei wichtigen Abstimmungen in Berlin, nicht hinreichend ausgerüstet sind.

Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln.
Entsprechend den Beschlüssen der letzten Parteikonferenz in Weimar hat die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen.

Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln.
Entsprechend den Beschlüssen der letzten Parteikonferenz in Weimar hat die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen.

Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln.
Entsprechend den Beschlüssen der letzten Parteikonferenz in Weimar hat die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen.

Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln.
Entsprechend den Beschlüssen der letzten Parteikonferenz in Weimar hat die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen.

Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln.
Entsprechend den Beschlüssen der letzten Parteikonferenz in Weimar hat die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen. Die Reorganisation der Partei in Schlesien-Hoheln begonnen.

Das am 14. August in der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

Reform der Reichstagsverammlung.
Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert. Die Reform der Reichstagsverammlung wurde über die Reform der Reichstagsverammlung diskutiert.

